

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortl. Red. - Abt.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinstellung an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 Mk; durch die Post monatlich 2,60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1000: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 1/2 in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 1/2; amtlich 1 mm 30 1/2 und 24 1/2; Reklame 25 1/2. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 207

Freitag, den 5. September 1930

82. Jahrgang

Wahlen und Parteibewegung

Brantweinverbot am 14. September.

Der Reichsminister des Innern hat bei sämtlichen außerpreussischen Landesregierungen angeregt, sich dem Vorgehen des preussischen Ministers des Innern anzuschließen und für den Tag der Reichstagswahl den Ausschank von Brantwein und den Kleinhandel mit Trinkbrantwein zu verbieten. Bei der durch den Wahlkampf sehr erregten leidenschaftlichen Stimmung in weiten Volksteilen erscheint ein solches Verbot besonders dringend. Das neue Gaststättengesetz vom 28. April 1930 gebe den obersten Landesbehörden die Ermächtigung zu einem solchen Verbot.

Keine Einführung der Wahlpflicht.

Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen wurden in der letzten Zeit wiederholt Vorschläge gemacht, wie ein Fortbleiben großer Wählermassen von der Wahlurne verhindert werden könne. Wie jetzt von unterrichteter Seite verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung nicht, eine Wahlpflicht einzuführen. Die Frage der Einführung einer Wahlpflicht ist im Reichstabinett im Zusammenhang mit der Beratung der Wahlreform behandelt worden. Dabei kam man jedoch zu der Überzeugung, daß durch eine Wahlpflicht nichts Wesentliches erreicht werden würde und daß durch den amtlichen Apparat, der zur Feststellung der Nichtwähler notwendig wäre, große Kosten entstehen würden.

Dr. Wilhelm über die Ziele der Wirtschaftspartei.

Bei einer Wahlkundgebung der Wirtschaftspartei in Schneidemühl sprach Staatsminister a. D. Dr. Wilhelm, Dresden, über die programmatischen Ziele der Wirtschaftspartei. Wilhelm sagte seine Ausführungen in folgenden Thesen zusammen: Die Wirtschaftspartei wolle einen starken Staat, sauber verwaltet, der sich auf seine ureigensten Aufgaben beschränkt und alle seine Kräfte auf das Problem der Befreiung des deutschen Volkes vereine, ein starkes Volk, das dem Staat gibt was des Staates ist, aber in dem Staat nicht eine Versicherungsanstalt, sondern ein Instrument der Macht sieht, das überparteilich ist und sein Selbstbestimmungsrecht behauptet. Wir wollen, so schloß er, daß der deutsche Mensch, das starke deutsche Volk und der starke deutsche Staat sich zu einem Dreiklang zusammenschließen.

In einer Versammlung deutschnationaler Industrieller hatte Dr. Oberfohren erklärt, daß die Notverordnung der Reichsregierung eine Kreditaufnahmeermächtigung von mehreren Milliarden Mark enthalte. Ein Finanzfachmann schätzte diese Kredite auf 2 bis 2 1/2 Milliarden. Von zünftigster Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß in den finanziellen Teilen der Notverordnung, die bereits vor einiger Zeit veröffentlicht worden seien, in der Tat Einzelheiten über Aufnahme von Krediten enthalten seien.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen über die deutschen Wahlen. Der Kronprinz schilderte die Weltwirtschaftskrise und ihre besondere Schärfe in Deutschland und Oesterreich. Die Verfasser des Vertrages von Versailles hätten seinerzeit wohl selbst nicht die wirtschaftliche Auswirkung der Friedensbedingungen überblicken können. Die deutsche Wirtschaft werde durch die steigenden Zollmauern, die Reparationszahlungen und die sozialen Lasten gehemmt. Die notwendige Reform müsse von innen beginnen. Notwendig sei eine Reform der Arbeitslosenfürsorge, die vielfach den Charakter einer Rente angenommen habe, und die es verursacht habe, daß die Arbeiter nur durch verhältnismäßig hohe Löhne einen Anreiz zur Arbeit bekommen könnten. Der Kronprinz empfahl als Hilfsmittel die Einführung des Arbeitsdienstjahres auf Grund einer allgemeinen Arbeitspflicht. Die zweite Notwendigkeit sei die Herabsetzung der Verwaltungskosten.

Der bis jetzt im Ernährungsministerium als Sachverständiger für Getreidefragen tätige Sozialdemokrat Dr. Frick Baade kandidiert im Wahlkreis Magdeburg zum Reichstag. Baade lehnt die neue Roggenpreis-Stützungsaktion ab. Im gleichen Wahlkreis kandidiert sein Vorgesetzter, Minister Schiele, für die Landvolklifte.

Im Berliner Sportpalast veranstalteten die Nationalsozialisten eine Massenversammlung, auf der die bisherigen Reichstagsabgeordneten Georg Straßer, Göring und Dr. Goebbels sprachen. Straßer erklärte, nicht zerstören wollten die Nationalsozialisten den Staat, wie die Gegner das jahraus, jahrein behaupteten, sondern sie seien im Gegenteil die eifrigsten Verfechter eines starken deutschen Staates. Staatszerstörer seien vielmehr diejenigen, die aus Deutschland eine Verwaltungsorganisation des internationalen Kapitalismus gemacht hätten. Göring erläuterte die Notwendigkeit einer Bekämpfung des Marxismus durch den kampfgewohnten Nationalsozialismus. Die Toten des Weltkriegs seien nie und nimmer für das heutige System gefallen, sondern für ein neues, besseres Reich, das aufzurichten die geschichtliche Aufgabe des Nationalsozialismus sei. Doktor Goebbels setzte auseinander, daß die heutigen Machthaber niemals mit einem solchen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit vor die Massen treten könnten. Den meisten von ihnen fehle es an innerer Wahrhaftigkeit, die ihre Handlungen selbst dann vor dem Volke rechtfertigen könnte, wenn diese Handlungen mit schweren Opfern für das Volk verknüpft gewesen wären.

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete seit einigen Tagen mit Flugzeugen des Flugunternehmens „Sturmvolgel“ Wahlpropagandaflüge, die über das ganze Reich führen. Im Zusammenhang mit der Behauptung, daß es sich bei einem oder mehreren dieser Flugzeuge um reichseigene Flugzeuge handele, wird jetzt von amtlicher Seite mitgeteilt: „Mit Zustimmung des Reichsverkehrsministers sind von der Deutschen Versuchsanstalt und der Deutschen Verkehrsfliegerschule vor längerer Zeit einige Flugzeuge an Privatluftfahrtvereinigungen verliehen worden. Der „Sturmvolgel“ ist an einer solchen Förderung mit drei Flugzeugen beteiligt worden, nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, daß er parteipolitisch neutral sei. Der Reichsverkehrsminister ist grundsätzlich der Ansicht, daß die Unterfertigung eines Flugunternehmens durch das Reich unmöglich wird, wenn dieses Unternehmen sich parteipolitisch betätigt. Ob der „Sturmvolgel“ gegen diesen Grundsatz verstoßen hat, wird nachgeprüft.“

In einer Wahlkundgebung in Breslau sprach Reichsminister Treviranus, der eingehend die Tätigkeit des Kabinetts Brüning und die erweiterten Notverordnungen behandelte. Anschließend setzte er sich mit den Kritikern von links und rechts auseinander. Man müsse im kommenden Winter mit einer Zahl von über vier Millionen Arbeitslosen rechnen, und es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Arbeitslosen nicht hungerten. Treviranus meinte, daß wir aus unserer schwierigen Lage und der Reparationsbelastung nicht durch Bruch der bestehenden Verträge herauskommen könnten. Um wirklich dem Ausland gegenüber etwas durchzusetzen, gebe es zunächst keinen anderen Weg, als unseren Haushalt in Ordnung zu bringen, damit nicht ein mißgünstiges Ausland darauf dringen könne.

In der Liederhalle zu Stuttgart hielt die Deutsche Volkspartei gemeinsam mit der Deutschen Staatspartei eine Wahlversammlung ab, in der Dr. Heuß und Geheimrat Dr. Kahl sprachen. Geheimrat Kahl führte unter anderem aus: Es sei ihm schwer gefallen, noch einmal in den politischen Kampf einzugreifen. Lange habe er nach einer Wahlweise gesucht; er habe sie gefunden in den Worten: Einigkeit und Recht und Freiheit! Mit stolzer Freude habe er das Wahlbündnis der beiden Parteien in Württemberg begrüßt. Sein Ideal für die Zukunft sei Wiederaufrichtung einer großen deutschen liberalen Partei. Die DVP halte er persönlich für die geschichtlich berufenen Anschließpartei. Der Weg der bisherigen Außenpolitik müsse weitergegangen werden.

Der Preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Uffschoff berührte in Elberfeld in einer Wahlversammlung die Frage: wer regiert nach den Wahlen? Und dabei erklärte Höpfer, daß die Deutsche Staatspartei zwar die Sozialdemokratie bekämpfen werde, solange diese sich den Staatsnotwendigkeiten verschließe; sie werde aber die Sozialdemokratie von der staatserschaltenden Mitarbeit nicht ausschließen, wenn diese dazu bereit sei. Höpfer-Uffschoff sprach auch über die Gefahr der politischen Radikalisierung. Er erklärte, daß es Aufgabe der Deutschen Staatspartei sei, die radikalen Elemente niederzuräumen.

Nichtwähler, wach auf!

Dämmert es in den Massen des deutschen Volkes? Es scheint so, denn in den weitesten Kreisen hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß es bei dem diesjährigen Wahlkampf um äußerst schwerwiegende Entscheidungen geht, daß der, der die nötige Verantwortung gegenüber seinem Vaterlande nicht aufzubringen vermag, sich am 14. September schwer verüßigen könnte.

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1928 waren es 10 Millionen Deutsche, Männer und Frauen, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten. Zehn Millionen! Eine gigantische Zahl, wenn man sich vor Augen hält, daß ungefähr 35 Millionen in Deutschland zur Ausübung des Stimmrechtes nur zugelassen sind. Kann man von dem Spiegelbild der Volksmeinung durch Reichstagswahlen sprechen, wenn rund zehn Millionen Wähler und Wählerinnen von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Dessen sind sich auch alle die Politiker bewußt, die jetzt ihre Wahlreden halten. Um eine wirklich erfolgreiche Politik betreiben zu können, muß das gesamte wahlberechtigste Volk hinter seinen Vertretern stehen.

Es ist ein trübes Zeichen, wenn zehn Millionen Wähler und Wählerinnen am Wahltag der Wahlurne fernbleiben. Diese zehn Millionen zeigen nur, daß sie sich nicht als Glied in der deutschen Volksgemeinschaft fühlen, daß sie das Schicksal des deutschen Volkes, das schließlich auch ihr Schicksal ist, nicht als das ihrige fühlen und miterleben. Wenn man heute von der Wahlreform spricht, so sollte man an dieser bedeutungsvollen Frage der Wahlenthaltung nicht ohne weiteres vorbeigehen. Um sie zu bekämpfen, hat man schon die verschiedensten Vorschläge gemacht. Man hat erwogen, den Nichtwählern Geldstrafen aufzuerlegen, sie mit einer Sondersteuer zu belegen. Warum tut man es nicht? Man könnte in der Verfassung festlegen, daß jeder Deutsche verpflichtet ist, sein Stimmrecht bei Wahlen auch tatsächlich auszuüben. Dann würden Wahlen ein wahrheitsgetreues Bild von der politischen Überzeugung und Meinung geben, die im Volke herrschen. Aber so, wie es bei den bisherigen Wahlen war, daß zehn Millionen in Deutschland ihr Wahlrecht nicht ausübten, kann man nicht davon sprechen, daß die politische Meinung des deutschen Volkes wahrheitsgetreu wiedergegeben wird. Aber wir wollen es nicht verhehlen: Die sogenannten Wahlfaulen schädigen sich selbst, wenn sie am Wahltag ihre Stimme nicht abgeben. Die Wahlfaulen gestatten damit, daß politische Kräfte ans Ruder kommen, auf deren Seite sie tatsächlich nicht stehen, und daß diese politischen Kräfte eine Politik betreiben, die vielleicht in sehr vielen Fällen gegen die Interessen der Wahlfaulen selbst gerichtet ist.

Gewiß, man kann den Wähler verstehen, wenn es ihm schwer wird, zwischen rund 30 Parteien, die sich um seine Gunst bewerben, zu entscheiden. Aber kann die Entscheidung so schwer fallen, wenn der Wähler von vornherein solche Parteien unberücksichtigt läßt, die keine Aussichten haben, in wirkungsvoller Stärke in den neuen Reichstag zu kommen? Kann es Menschen bei uns geben, die einer Partei für die Hebung der Rantingenzucht, um eine scharzhafte Ueberreibung zu gebrauchen, ihre Stimme geben, die, wenn sie wirklich vielleicht einen Reichstagsabgeordneten erhalten sollte, doch im neuen Reichstag für die Verwirklichung ihres Zieles überhaupt nicht einzutreten vermag?

Zehn Millionen Nichtwähler! Eine erschreckende Zahl. Es fehlt nicht an Appellen an das Verantwortungsbewußtsein der Wahlfaulen. Männer und Frauen, die über Namen von Klug in Deutschland verfügen, wie Rudolf Herzog, Clara Biedig, Thomas Mann, Gerhart Hauptmann, Prof. Spranger, haben einen Aufruf an die Nichtwähler erlassen: „Wir richten den Ruf an die Partei der Nichtwähler: Diesmal greift ein!“ Werden die Nichtwähler diesmal wirklich eingreifen? Die Abneigung gegen das politische Getriebe ist in weitesten Kreisen tief verwurzelt. Aber das Schicksal des Volkes ist das Schicksal jedes einzelnen. Jeder ist berufen, die Linie der deutschen Politik auch von sich aus zu beeinflussen. Jeder, der am 14. September seine Stimme abgibt, bestimmt damit auch die politischen Machtfaktoren, die in Zukunft in Deutschland maßgebend sein werden, und ist ein, wenn auch nur winziges Rad in dem Getriebe, das unsere gesamte zukünftige Außen- und Innenpolitik bestimmt.

Nicht wählen heißt, sich vor der Verantwortung drücken. Gefühlsmomente wie Wahlüberdruß, Abneigung gegen den „Parteismus“ oder Bequemlichkeit müssen ausgeschaltet werden. Die Anteilnahme an der Wahl zeigt, ob das deutsche Volk politisch bereits reif ist. Wer sich vor der Verantwortung drückt, der hat auch kein Recht, sich über die Verhältnisse zu beklagen, der darf nicht nörgeln oder besserwissen wollen. Das Volk hat sein Schicksal selbst in der Hand. Erfülle also jeder an seinem Plakate seine Pflicht!

